

Am 2. und 3. Mai 1988 trafen sich die Außenminister der ASEAN- und der EG-Länder zum 7. Mal seit 1980 sowie EG-Kommissionsmitglied Cheysson diesmal in Düsseldorf. Durch eine großangelegte öffentliche Sensibilisierungskampagne mehrerer Solidaritätsgruppen gelang es, das Thema "Menschenrechte in den ASEAN-Ländern" zum zentralen Verhandlungsgegenstand zu machen. In der gemeinsamen Schlußerklärung der Minister standen daraufhin folgende aufsehenerregende Passagen:

"Die Minister hatten einen gründlichen Meinungsaustausch über das Osttimor-Problem. Sie erneuerten ihre Auffassung, daß Frieden und Sicherheit in Südostasien nur durch die Beendigung der Feindseligkeiten und der ausländischen militärischen Okkupation Osttimors wiederhergestellt werden kann. ... Die Minister wiederholten ihren Beschluß, in Übereinstimmung mit den einschlägigen UN-Resolutionen vorzugehen, mit dem Ziel, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Osttimors im Einklang mit den Interessen und dem Wohlergehen des Volkes von Osttimor, das so viel erleiden mußte, wiederherzustellen."

"Mit Bezug auf Malaysia und Singapur verurteilten die Minister einmütig die Anwendung des ISA (Gesetz zur Inneren Sicherheit), das die Menschenwürde verletzt, und wiederholten ihre Forderung nach seiner totalen Abschaffung. Sie riefen die Regierungen Malaysias und Singapurs auf, ohne weiteren Verzug den nationalen Dialog mit den wahren Repräsentanten des malaysischen und singapureanischen Volkes aufzunehmen. Zu den Vorbedingungen gehörten ... die Freilassung aller politischen Gefangenen ohne Auflagen und die Zulassung aller politischen Parteien. Die Minister verurteilten entschieden die derzeitige Unterdrückung malaysischer und singapureanischer Organisationen."

"Die Minister wiederholten ihre strenge Verurteilung aller Formen von staatlichem Terrorismus in den Philippinen und ihren Beschluß, eng miteinander zusammenzuarbeiten, um dagegen vorzugehen. Sie unterstrichen die Notwendigkeit, politische Lösungen für die Probleme zu finden, die die Wurzeln des staatlichen Terrorismus sind."

Nicht unschwer läßt sich erkennen, daß in dem bisher Geschilderten außer den Tätern. dem Tatort und der Tatzeit nichts stimmt. In der Original-Erklärung stehen statt Osttimor: Kambodscha, statt Malaysia und Singapur: Südafrika, statt Staatsterrorismus in den Philippinen: internationaler Terrorismus. Der beschriebene Tathergang kann schon allein deswegen nicht der wahre gewesen sein, weil in ihm das Tatmotiv völlig verkannt ist: In der "Joint Declaration" - in der die Minister begrüßten, informierten, bemerkten, versicherten, diskutierten, wiederholten, glaubten, übereinkamen, betonten, unterstützten. zurückwiesen, forderten, verurteilten, unterstrichen, erkannten, hervorhoben usw. - ist die gegenseitige Kritik halbwegs gut versteckt. Die Investitionen der EG in der ASEAN-Region seien zu niedrig und der EG-Markt werde zu sehr abgeschottet: ASEANs interne Struktur sei äußerst ungenügend entwickelt und bürokratische Hemmnisse schreckten Investoren ab.

Das Thema Menschenrechte war nur insofern von Interesse, als mit ihm außenpolitische Übereinstimmungen bevorzugt zu weit entfernten Weltgegenden erzielt werden konnten. Nicht weit vom Düsseldorfer Kongreßzentrum entfernt, im Weiterbildungszentrum am Hauptbahnhof wurde jedoch gerade die Region Südostasien zum Menschenrechtsthema gemacht: 8 Menschen aus den ASEAN-Ländern berichteten über Menschenrechtsverletzungen in ihren Heimatländern (vgl. Bericht über die Anhörung u. Kasten zum Ablauf). Weder ihre Schicksale noch selbst das offizielle Treffen der Minister konnten in erwähnenswertem Umfang öffentliche Aufmerksamkeit erregen - und Täter, Tatgeschehen und Tatmotiv wie so häufig kein öffentliches Ärgernis.

Klaus Marquardt

Anhörung: "Menschenrechte in Südostasien"

Düsseldorf, Weiterbildungszentrum, 3. Mai 1988, 10.15 Uhr

Ablauf:

10.15 Uhr Eröffnung durch Peter Franke, Südostasien-Informationsstelle

10.25 Uhr Menschenrechtsverletzungen in Südostasien; Thongbai Thongbao, Thailand, Rechtsanwalt, Asian Human Rights Commission

10.55 Uhr Frauenhandel: Eine moderne Form der Sklaverei; Choo-Lin Lap, Singapur/Niederlande, Stichting tegen Vrouwenhandel

11.10 Uhr Osttimor: Indonesischer Völkermord; Cristiano da Costa, Osttimor/Portugal

11.25 Uhr West-Papua/Irian Jaya: Indonesischer Kolonialismus; Kulturgruppe Sampari und Victor Kasiepo, West-Papua/Niederlande

12.10 Uhr Philippinen – Betrogene Hoffnungen. Militarisierung und Terror; Leilene Carantes, Philippinen, Regional Development Center Baguio

12.25 Ühr Singapur: Legalisierte Menschenrechtsverletzungen; Tang Fong Har, Singapur, Rechtsanwältin, 1987 selbst inhaftiert

12.40 Uhr Umweltzerstörungen durch Großprojekte: Das Beispiel Thailands; Vitoon Puemphongsacharoen, Thailand, Project for Ecological Recovery u. Anti-Nam Choan Dam Campaign

12.55 Uhr Bedrohte Völker: Das Beispiel der Patani/Südthailand; Mohamad Al-Barudee, Thailand/Schweden

13.05 Uhr Pause

16.00 Uhr Menschenrechtsverletzungen in Südostasien/ASEAN – die Mitverantwortung der EG; eine Podiumsdiskussion mit:

Brigitte Erler (Amnesty International, Generalsekretärin der BRD-Sektion), Ien van den Heuvel (MdEP-Sozialisten, PvdA-Niederlande), Dieter Schanz (MdB-SPD), Wilfried Telkämper (MdEP-Regenbogen, Grüne-BRD), Ludger Volmer (MdB-Grüne), Vertreter der christdemokratischen Fraktion des Europaparlaments erfolglos angefragt.